

# FÜR DIE MENSCHEN RECHTE

IGFM - Internationale Gesellschaft für  
Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V.,  
Borsigallee 9, 60388 Frankfurt/Main

Nr. 7  
August 2019



Ab 1. September: Edisonstraße 5, 60388 Frankfurt.

**Irak**

## Die Massengräber werden geöffnet

### Leichname identifizieren, um würdige Bestattung zu ermöglichen

Das Dorf Kocho im Irak steht für eines der größten Verbrechen des IS an den Jesiden. Nach dem Überfall auf das Shingalgebiet am 3. August 2014 wurden die jesidischen Einwohner von Kocho gezwungen, ihre Häuser nicht zu verlassen. 12 Tage später, am 15.8.2014, wurden die Jesiden auf den Dorfplatz getrieben. Männer und Frauen wurden auf Fahrzeuge verladen und verschleppt. Alle Männer und Jugendlichen über 16 Jahre, derer der IS habhaft wurde, wurden erschossen und in Gruben geworfen, die der IS ausgehoben hatte. Knapp vier Jahre später, am 15. März 2019, wurden die Massengräber geöffnet, um die Leichname zu identifizieren. Überlebende des IS können bei der „Obersten Kommission für die Aufklärung von Völkermordverbrechen gegen Jesiden und andere religiöse Minderheiten, Abteilung für die Untersuchung und Sammlung von Beweisen und Aufklärung“ Anzeige erstatten.

Majida H. aus Kocho/Irak wurde mit ihrer Tochter vom IS im August 2014 gekidnappt und grausam missbraucht. Am 4.11.2015 wurde sie befreit. Beide wurden in das Schutz- und Therapieprogramm des Landes Baden-Württemberg für traumatisierte Mädchen und Frauen aufgenommen und leben seitdem in Deutschland. Durch die IGFM erfuhr Majida von der Öffnung der Massengräber. Sie teilte der Behörde in Dohuk/Irak mit, dass ihr Mann seit August 2014 vermisst werde. Majida und ihre Tochter Finos erhielten am 12. Juni 2019 die Aufforderung, sich für die medizinische Untersuchung (Blutabnahme und DNA-Test) nach Dohuk zu begeben. Die Feststellung der DNA dient nicht nur dem Abgleich mit den Leichnamen, sondern werden auch gespeichert zum späteren Abgleich mit Täter-DNA.

Majida möchte gerne nach Dohuk reisen, doch die Kosten für den Flug



Khaliil Al-Rasho vor eingezäuntem und ausgewiesenem Massengrab bei Shingal (Bildrechte IGFM)

in Höhe von 500 – bis 700 € kann sie nicht alleine aufbringen. Natürlich könnte sie preiswerter über Istanbul reisen, aber Jesiden aus dem Irak sind auch Kurden. Majida sagt es offen heraus: „Ich habe Angst vor der Intoleranz der türkischen Polizei gegenüber Jesiden und wegen ihrer Unberechenbarkeit.“ Die IGFM wird Majida, wie anderen Frauen schon zuvor, mit einem Reisekostenzuschuss helfen. Wir wollen, dass die ermordeten Jesiden unter ihrem Namen würdig bestattet werden können. Und wir hegen die Hoffnung, dass irgendwann auch die IS-Verbrecher zur Verantwortung gezogen und bestraft werden können, weil sie durch den DNA-Test ihrer Opfer eindeutig identifiziert werden konnten.

### Hilfsaktion Irak - Herbst: Jahreszeit der Bestandsaufnahme und Planung – Nächster Einsatz September

Während Sie diese Information lesen, ist ein Lastzug mit 50 Krankbetten, die aus der Auflösung eines Altenheims in Lübeck gespendet wurden, in den Irak unterwegs. Sie sind für den Ausbau der Krankenstation im Lager Shekhan vorgesehen.

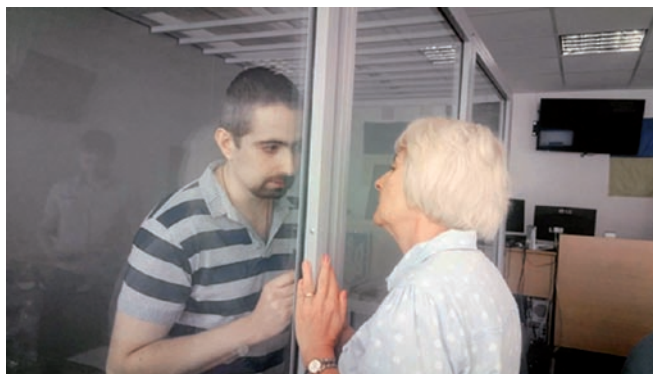
Der nächste Einsatz Mitte September widmet sich den Projekten: Die laufenden Kurse für den Ausbau von PC-Kenntnissen, die Englischkurse für Schüler der 10. und 11. Klasse, die Alphabetisierungskurse und Nähkurse gehen zu Ende; es ist Zeit für die Vergabe von Zertifikaten und Teilnahme-

bestätigungen; und dann beginnen schon wieder die nächsten Drei-Monats-Kurse. Für die Begegnungsarbeit mit Sport und Musik, die sich ganz besonders an die heranwachsende Jugend wendet, müssen wahrscheinlich wieder neue Sportartikel und Instrumente beschafft werden. Und auch die Sicherheitskurse in Erster Hilfe und Brandschutz müssen neu bestückt werden. Doch ohne direkte Hilfe geht es nicht. Ein Lastzug mit Hilfsgütern, Schulbedarf, Rollstühlen, Nähmaschinen u.a. fährt dem Einsatz voraus. Und nach seiner Ankunft beginnt wieder der Alltag: Menschen mit Behinderungen besuchen, mit traumatisierten Frauen sprechen, sie zusammenzubringen und ihnen Mut machen. Diese Arbeit ist, so IGFM-Mitarbeiter Al-Rasho gleichermaßen beklemmend angesichts unbewältigter Traumata und dann doch so befreiend durch die Dankbarkeit und die Angebote ehemaliger IS-Opfer mitzuhelfen. Sie, liebe Freunde und Förderer, ermöglichen diese Erfahrungen! Doch wir wissen auch, dass das Ende dieses Auftrags noch in weiter Ferne liegt.

**Kennwort für Ihre Spende:  
Irak (89)**

Ungeachtet der Existenz eines Rechtssystems, das dem westlichen Standard angelehnt ist, werden immer wieder Gesetzgebung, Rechtsprechung und Exekutive zur Durchsetzung politischer Interessen missbraucht. Korruption innerhalb der Justiz ist gang und gebe. Die ukrainische Regierung hat am 2. Juni 2016, zwei Jahre nach dem Assoziierungsabkommen mit der EU, mit dem Gesetz „über das Gerichtswesen sowie den Status von Richtern“ die dringend notwendige Justizreform auf den Weg gebracht, das vom neugewählten Präsidenten Wolodymyr Selenskyj gefördert wird. Doch noch hapert es, und das ganz besonders in den Provinzen, an der Umsetzung. Die Sektion Ukraine der IGFM, die seit zwei Jahren mit einem Team von Anwälten Verfahren von Personen, denen schwere staatsgefährdende Verbrechen vorgeworfen wurden, beobachtet, hat in mehreren Fällen Unregelmäßigkeiten bis hin zu Rechtsbeugung festgestellt und darüber berichtet.

Der Fall des Pavel Wolkov – wir berichteten erstmals im Oktober 2018 – hat nun dank dieser Beobachtungen eine positive Wendung erfahren. Er wurde im September 2017 verhaftet, zusammengeschlagen und schließlich angeklagt wegen „Eingriff in die territoriale Integrität“ und „Unterstützung von Terroristen durch seine journalistischen Aktivitäten“. Tatsächlich hatte er der ukrainischen Regierung vorge-



Pavel Wolkov trifft seine Mutter bei der Anhörung am 27.8.2018

worfen, die Vereinbarungen von Minsk verletzt zu haben, weil Zivilisten von regulären ukrainischen Streitkräften unter Beschuss genommen worden waren. Bis zur ersten Anhörung war er bereits 11 Monate in Untersuchungshaft. Anton Alexejew, Rechtsanwalt und Geschäftsführer der IGFM Ukraine, hat sich selbst um diesen Fall gekümmert. Nun ist Pavel Wolkov wieder frei und in allen Punkten von jedem Vorwurf freigesprochen.

Mechti Logunov, 85, diplomierter Techniker (PfD), sitzt seit zwei Jahren in U-Haft. Er war von Beamten des Staatssicherheitsdienstes SBU ohne Ankündigung und ohne Zeugen verhaftet worden und am 30. Juli 2018 wegen angeblichen Hochverrats und wegen Spionage zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der Prozess und die Verurteilung fanden hinter verschlossenen Türen statt. Angehörige, Medien und Menschenrechtsorganisationen wie die IGFM, an die sich Mechti Logunov mit der Bitte um Beobachtung gewandt hatte, waren ausgeschlossen worden. Die Verteidigung ging in die Berufung. Seither wurde die Prüfung des Verfahrens und weitere Anhörungen zuerst auf Dezember 2018, dann auf April 2019 und nun auf September 2019 verlegt. Mechti Logunov ist inzwischen schwer krank. Alle Zeichen deuten daraufhin, dass irgendjemand einen Hebel bedient, damit dieses Verfahren nur durch den natürlichen Tod des Angeklagten ein Ende findet. Doch das wollen wir nicht hinnehmen.

Prozessbeobachtung ist Teil des IGFM-Projekts **Rechtsstaat stärken – Faire Verfahren fördern**. Es geht dabei nicht nur um die Beobachtung

von politisch motivierten Prozessen, sondern es geht darum, Transparenz und Handeln nach Rechtsgrundsätzen durchzusetzen, das Verhalten von Richtern, Staatsanwälten und anderen Prozessbeteiligten zu verändern, damit das Recht zum Zug

kommt und faire Verfahren zur Regel werden.

In den kommenden 18 Monaten werden 252 Strafverfahren in sechs Regionen der Ukraine (Kiew, Sumi, Kharkiv, Poltawa, Zhytomyr, Lviv) jeweils durch zwei rechtskundige Personen beobachtet und dokumentiert. Die rechtskundigen Beobachter setzen sich zusammen aus Juristen mit Staatsexamen, aber auch Jura-Studenten, die vor Abschluss ihres Studiums stehen, um ihren Blick durch Beobachtung der Praxis zu schärfen. Die Ernsthaftigkeit dieser Unternehmung unterstreicht die Teilnahme eines OSZE-Teams aus Kiew und die finanzielle Förderung des deutschen Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Eines können wir heute schon feststellen: Das Verhalten vieler Richter hat sich schon verändert. Sie haben kein Interesse an politisch motivierten Prozessen und auch kein Interesse, ins Rampenlicht zu geraten. Die Finanzierung des Prozess-Monitorings ist gesichert, doch die Hilfe für Gefangene, die durch die politisch motivierte Prozessführung in Haft gehalten und dort schwer erkrankten, bleibt uns überlassen. Für medizinische Hilfen wenden wir etwa 1000 € im Monat auf. Und dafür erbitten wir Ihre Unterstützung.

Ein Wort an die Juristen in unserem Leserkreis: Dieses Projekt eignet sich in ganz besonderem Maße zur Begründung für die Förderung durch Bußgelder.

**Kennwort für Ihre Spende:  
Ukraine (39)**

#### Impressum

**Herausgeber:** Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM)  
Borsigallee 9 • D-60388 Frankfurt,  
Tel.: 069 - 420 108 0 • Fax: 069 - 420 108 33  
e-mail: info@igfm.de Internet: www.igfm.de  
UstIDNr. DE 1142 35 684

**Redaktion:** Karl Hafen

**Erscheinungsweise:** monatlich

**Druck:** johnen-druck, Bernkastel-Kues

**Satz und Layout:** Pixelvektor Stefan Eschenbach

**Sektion Schweiz:**

Geschäftsführer Hanspeter Hartmann  
Clavanuovweg 14 • CH - 7249 Serneus  
Telefon +41 44 586 45 45

Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein. Dieser Ausgabe liegt eine Zahlkarte der IGFM bei.

Die in dieser Publikation verwendeten Fotos sind Amateuraufnahmen, entsprechend die teilweise schlechte Fotoqualität. Dafür garantieren wir ihre Authentizität.

„Obwohl ich vormittags In einem Kindergarten arbeite und nachmittags bis zum Abend in einem Gemüseladen aushelfe, reicht mein Lohn nicht, meine drei Kinder einzukleiden, ihnen Musikunterricht oder eine gute Ausbildung zu ermöglichen. Und nach 14 Stunden täglicher Arbeit bleibt mir keine Zeit mehr, den Kindern etwas vorzulesen oder mit ihnen zu spielen.

Das größte Problem ist, dass ich nicht regelmäßig das Wasser bezahlen konnte. Und so hatte man mir das Wasser abgesperrt. Damit sich meine Kinder waschen und sie auch mal ein Glas Wasser trinken konnten, musste ich bei meinen Nachbarn

um Wasser betteln, aber auch sie müssen es bezahlen.

Meine Großmutter berichtete mir von der IGFM, die ihr vor einigen Jahren geholfen hatte. Über den Kindergarten kam ich in Kontakt zu einer Frau, die mich besuchte und anhörte. Wenige Tage später gab sie mir Geld, so dass ich einen Teil meiner Schulden bezahlen konnte. Ihre Hilfe hat sich als ein unglaublicher Segen für unsere Familie erwiesen. Danke, danke unbekannte Spender und Freunde, Ihre Irina Serbina, Tiraspol, 13. Juni 2019

„Ich bin Oksana, Mutter von 5 Kindern: Alena 8 Monate alt, Emil 2 Jahre alt, Anatoly 4 Jahre alt, Alexander 13 Jahre alt und Vasili 15 Jahre alt. Wir wohnten in Transnistrien, aber weil es dort plötzlich keine Arbeit mehr gab, sind wir nach Moldau in die Nähe der Hauptstadt gezogen. Wir kamen für 600 Lei (30 Euro) Miete unter in einem alten heruntergekommenen Haus ohne Toilette, Dusche und warmem Wasser. Vorrübergehend wie wir dachten, doch es ist wohl unsere Zukunft; denn auch hier gibt es keine Arbeit. Darum beschlossen wir, dass mein Mann, so wie viele andere auch, Arbeit im Ausland suchen müsse. Er fand dann im vergangenen Jahr auch sehr schnell Arbeit in Russland. Aber schon wenige Monate später war er wieder zurück. Sein Lohn war das Geld für die Rückreise. Wir waren verzweifelt.

Irgendjemand muss von unserer Not erzählt haben, und dann lernten wir Herrn Gennady Caunov (Leiter der IGFM-Sektion Moldau) kennen. Er besuchte uns, machte sich Notizen und kam schon einen Tag später wieder mit Lebensmitteln und anderen Dingen. Wie lange hatten die Kinder schon kein frisches Obst mehr gesehen, von Honig und Keksen ganz zu schweigen! Die Freude der Kinder war unbeschreiblich. Und Zahnbürsten und Seife gab's auch und eine Einladung, zum kostenlosen Kleiderbasar der IGFM zu kommen. Ich war tief berührt und danke, dass uns so etwas Schönes in unserem Leben passiert ist. Oksana, Stauceni/Moldau 20.6.2019“




Oksana mit Alena (Bildrechte IGFM)

Vor drei Monaten berichteten wir über die Lage von Kindern in Moldau, deren Eltern im Ausland eine Arbeit suchen, um den Lebensunterhalt ihrer Familien zu sichern. Viele Kinder sind deswegen auf sich allein gestellt und drohen in Armut und Kriminalität abzurutschen. Seit den neunziger Jahren unterstützen wir besonders krasse Fälle, um den Kindern ein würdiges Leben zu ermöglichen und den Zusammenhalt der Familien zu fördern. Inzwischen haben die ersten Familien aus Ihren Spenden Hilfe erhalten. Die Empfänger sind Ihnen sehr dankbar; alle Dankbriefe enthalten Fotos, mit der sie ihre Freude ausdrücken wollen, aber sie beschreiben auch ihre Situation, die weitere Hilfen notwendig macht. Noch einmal ein paar Zahlen: Der Durchschnittslohn beträgt etwa 100 €, doch erst weitere 100 € reichen aus, um z.B. die drei Kinder von Irina mit Kleidung und Nahrung zu versorgen, den regelmäßigen Schulbesuch zu ermöglichen und auch Irina und Oksana Sorgen ihres Alltags für Unterkunft, Strom und Wasser weitgehend zu nehmen.

Liebe Mitglieder, Freunde und Förderer,

nur vier Jahre nach der Annexion der Krim durch Russland hat die Parlamentarier-Versammlung des Europarats im Juni das Ende der Sanktionen gegen Russland beschlossen. Die Ukraine stellte daraufhin seine Mitarbeit im Europarat auf unbestimmte Zeit ein, während Russland ihr Stimmrecht wieder wahrnehmen kann. Putin kann sich als Sieger fühlen und nicht nur im Osten der Ukraine, in Moldau und in Georgien, ja auch auf das Baltikum, den Druck erhöhen und die Spaltung von Land und Gesellschaft und andere Provokationen vorantreiben. Diese Staaten haben gerade bei erstaunlich geringem Protest in den freien Medien Europas erfahren: Die Unterstützung Europas ist für hilfeschuchende ehemalige Sowjetrepubliken befristet. Das ist kein gutes Signal für die Sicherheit der genannten Staaten und auch kein gutes Signal für die Achtung der Menschenrechte. Die IGFM ist in allen genannten Staaten mit Sektionen vertreten, die jetzt ganz besonders unseres Zuspruchs und unserer Hilfe bedürfen.

Ihr

  
Karl Hafen



**Kennwort für Ihre Spende:  
Moldau (71)**

Westliche Tageszeitungen nennen die Zahl 139 und berufen sich auf Veröffentlichungen des Komitees für Menschenrechte und nationale Versöhnung. Wieviel Wahrheit steckt in dieser Zahl?



Rene Gomez (Bildrechte Michael Leh)

Im Rahmen des IGFM-Projekts „Bewusst reisen“ war IGFM-Mitglied Michael Leh, Journalist, in Kuba und ist dieser Frage nachgegangen. Er traf Rene Gomez, einer der führenden Bürgerrechtler Kubas, Jurist, der gleich zu Anfang des Interviews feststellte, dass es mehrere seriöse Menschenrechtsorganisationen auf Kuba gibt, die allesamt zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. So habe die oben genannte Organisation für das vergangene Jahr 2018 auch schon die Zahl 5000 genannt.



Der einstige Wohlstand Havannas ist heute nur noch zu erahnen. (Bildrechte Michael Leh)

Gomez zieht in Zweifel, dass bei der genannten Zahl 139 die erfasst wurden, die in einem abgelegenen Gebiet nach einer regierungskritischen Meinungsäußerung weggesperrt wurden, weil sie sich selbst der Dimension nicht bewusst sind oder aber ihre Familien nicht wissen, wen sie kontaktieren oder über diese Verhaftung informieren sollen. Natürlich geben auch Sie irgendwem Namen und Adresse an, aber ob der Empfänger dann diese Information weitergibt, ist mehr als fraglich.

Es muss, so Gomez, beachtet werden, dass die Regierung kein Interesse daran hat, dass bekannt wird, dass sich Personen aus politischen Gründen im Gefängnis befinden. Darum ziehen es die Strafbehörden vor, Menschen für nur wenige Stunden zu verhaften, je nach geltendem kubanischem Recht sogar tagelang. So hat beispielsweise die Person, die verhaftet wird, bis zu sieben Tage nach der

sich weitere drei Tage Zeit nehmen zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Anordnung einer vorläufigen Haftstrafe vorliegen oder mit einer anderen Maßnahme z.B. einer Geldstrafe oder Festsetzung einer Kaution entgegnet werden soll. Und es kann zusätzlich Zeit verstreichen, wenn die Akten hin- und hergeschickt werden.

Die Regierung hat die Möglichkeit, Menschen ohne Spur, ohne formellen Vorwurf festzuhalten, ohne dass sie Zugang zu irgendwelcher Hilfe

bekommen. Und dann kommt der Gefangene frei, so als sei nichts gewesen. Auf die Nachfrage von Leh, ob diese 5000 dann zu den 139 hinzuzurechnen sind, vertritt Gomez den Standpunkt: Alle waren aus politischen Gründen in Haft, ob kurzzeitig oder langfristig. Am Beispiel der Damen in Weiß erklärt er, dass dieser Gefangennahme Systematik zugrunde liegt. „Zum Beispiel erlauben sie (gemeint ist die Regierung) ihnen nicht, einfach in die Kirche zu gehen, um für die Freiheit der politischen Gefangenen zu beten. Hier in der Nähe, nur einen Kilometer entfernt von hier aus laufen sie die 5th Avenue mit den vielen Bäumen entlang. Das ist alles, was sie in der Öffentlichkeit machen. Manchmal erlauben sie nicht, dass die Damen ihr Haus verlassen können. Diejenigen, die es schaffen, verhaften sie, bringen sie für ein paar Stunden ins Gefängnis, und wenn dann die Messe vorbei ist, lassen sie sie raus.“

Verhaftung kein Recht, einen Anwalt zu benennen. Nach kubanischem Recht hat die Polizei 72 Stunden Zeit, um der Staatsanwaltschaft den Fall vorzutragen. Diese dann kann

Und das systematisch jede Woche mit diesen alten Damen, den Mitgliedern der Bewegung. Bitte denken Sie daran, um die Gesamtzahl der Verhaftungen zu verstehen.“

Politische Verfolgung ist in Kuba gegenwärtig, politische Inhaftierung auch, manche subtil und nicht immer mit der Konsequenz langer Haftstrafen, doch immer mit einem gehörigen Maß an Einschüchterung, so wie früher auch. So wurden, wie Michael Leh berichtete, im Februar 2019 wegen ihres Eintretens für ein „Nein“ beim Schein-Referendum am 24. Februar 409 Personen für kurze Zeit verhaftet. In deutschen Zeitungen war das keine Meldung wert.

Das Projekt „Bewusst reisen“ wendet sich an die, die unter Urlaub nicht nur Strand, Sonne oder den Besuch historischer Stätten verstehen, sondern mit offenen Augen, aber nicht leichtsinnig, Menschen treffen wollen, die unserer Unterstützung aus politischen Gründen bedürfen. Bei der Planung solcher Reisen ist die IGFM beteiligt. Wir machen Vorschläge, was man mitnehmen kann – z.B. kleine finanzielle Hilfen, Medikamente (auf der Basis von Rezepten) und kleine technische Hilfen im maximalen Gesamtwert von 2500 bis 5000 €, um Bürgerrechtler bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Die Euphorie zu reisen wie vor 15 Jahren hat nachgelassen, die der Bürgerrechtler, die unsere Hilfe brauchen, dagegen nicht. Daher brauchen wir Ihre Mithilfe. Die nächste Reise nach Kuba ist für den Herbst vorgesehen.

### Kennwort für Ihre Spende: Kuba (19)

Ihre Spende überweisen Sie bitte unter Angabe des entsprechenden Kennwortes oder der Kennziffer auf folgendes IGFM-Konto:

IBAN: DE31 5502 0500 0001 4036 00  
Swift-BIC: BFSWDE33MNZ  
Bank für Sozialwirtschaft



Die Finanzen der IGFM werden jährlich von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft. Den Prüfvermerk stellen wir auf Nachfrage gerne zur Verfügung.